

60 Bände – das ist die imponierende Bilanz nach 25 Jahren Arbeit. Die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) sind zum Markenzeichen geworden – eine unentbehrliche Quelle für die Zeitgeschichte. Hélène Miard-Delacroix, die eben berufene Mitherausgeberin der Edition, nimmt das kleine Jubiläum zum Anlass für Reflexionen über die Vorgeschichte unserer Gegenwart. Akteneditionen, so ihr Urteil, helfen uns nicht nur, die Vergangenheit besser zu verstehen. Sie liefern auch die unersetzliche Basis für die intellektuelle Durchdringung und politische Deutung gegenwärtiger Probleme.

Hélène Miard-Delacroix

Reflexionen über die Vorgeschichte unserer Gegenwart

25 Jahre „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“

Horst Möller, dem verdienstvollen
Herausgeber der Edition seit 1992,
gewidmet¹.

Das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin gibt seit 25 Jahren im Auftrag des Auswärtigen Amtes die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ heraus. Jahr für Jahr werden hunderte Dokumente aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes publiziert, wobei man sich an der Aktensperrfrist von dreißig Jahren orientiert. Der Beitrag zur Grundlagenforschung, den das Institut für Zeitgeschichte damit leistet, ist immens und ebenso zu loben wie die Liberalität des Auswärtigen Amtes und vor allem die Umsicht, Sorgfalt und Präzision der Bearbeiter und Herausgeber, unter denen der jetzt scheidende Horst Möller seit 1992 eine besondere Rolle spielte. Ein Lob der Kärnerarbeit, die häufig übersehen wird, aber eigentlich gar nicht überschätzt werden kann.

1984, das Jahr, dem die jetzt vorliegenden neuen Bände gewidmet sind, war ein besonderes Jahr. Aber welches Jahr war das nicht im Strudel der globalen Transformationen, die wenig unberührt lassen? Blicken wir also zurück. 30 Jahre, das ist eine Generation – eine Ewigkeit für die Jüngsten. Aber bei aller Ruhe und Distanz, die mit einem solchen Zeitabstand eintreten können, ist es „Geschichte, die noch qualmt“. Können diese Akten ein Spiegel sein, der etwas reflektiert und damit Reflexionen auslöst, die auch für die Gegenwart relevant sind? Diese Frage möchte ich aufgreifen und einige Gedanken formulieren zu der Bedeutung dieser nahen Vergangenheit für unsere Zeit und für das Verständnis unserer Gegenwart. Zwei sich ergänzende Fragen drängen sich auf:

¹ Bei dieser Reflexion handelt es sich um den geringfügig überarbeiteten Text des Vortrags der Autorin anlässlich der Präsentation der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) aus dem Jahr 1984 am 5. 3. 2015 in Berlin.

Erstens: Wie verändert unser Wissen über die Gegenwart unseren Blick auf die Akten von 1984? Das ist eine klassische Frage für Historiker, die genau wissen, dass ihre Fragen an die Vergangenheit aus ihrer Gegenwart resultieren. Dieser Umstand erklärt, warum jede Generation ihre spezifischen Fragen an die Vergangenheit richtet und warum es immer wieder neue Historiker gibt, die sich – wie ihre Vorgänger – mit derselben Materie befassen. Die Zunft der Historiker mag darin eine Lebensversicherung erblicken, in Wahrheit ist es eine Pflicht gegenüber den Zeitgenossen, die Antworten auf ihre Fragen erwarten.

Zweitens: Wie verändert sich unsere Wahrnehmung der Gegenwart durch die Lektüre dieser Dokumente aus dem Jahr 1984? Kann die Geschichte eine Hilfe bei der Entschlüsselung unserer Zeit sein? Hilft sie bei der Einordnung der Gegenwart und möglicherweise bei der Suche nach Rezepten, nach Teilantworten auf die brennenden Fragen von heute?

In dieser Hinsicht ist diese Aktenpublikation, die Jahr für Jahr mit stupender Präzision erscheint, keineswegs nur ein Geschenk an die Historiker in Deutschland und anderswo in der Welt, sondern auch eine Dienstleistung für unsere Politiker und Diplomaten, die die Zukunft mitbestimmen.

Dieser Band von 1984 spiegelt eine Zeit wieder, die definitiv der Vergangenheit angehört. 1984, das ist *die Welt von gestern*, wie Stefan Zweig es ausgedrückt hat. Sie ist schlicht Geschichte. Viele der damaligen Gesprächspartner der deutschen Diplomaten und Minister, wie der Rumäne Nicolae Ceaușescu, gehören samt ihrer Regime in die Geschichtsbücher. Das Gleiche gilt für einige Staaten, wie die Tschechoslowakei oder Jugoslawien, die es in dieser Form nicht mehr gibt. Einige Kürzel bezeichnen Organisationen, die heute nicht mehr existieren und die viele jüngere Leute nie gehört haben, wie den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

An einiges erinnern wir etwas Ältere uns noch gut: Im Jahr 1984 wurde Ronald Reagan wiedergewählt, im selben Jahr wurde die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi ebenso ermordet wie der polnische, dem katholischen Widerstand angehörende Priester Jerzy Popiełuszko². Diese Zeit ist die Welt von gestern, insofern als sie in die Weltordnung vor der großen Zäsur, zu Beginn der 1990er Jahre gehört: vor der Perestrojka, vor der friedlichen Revolution, der Wiedervereinigung, dem Zerfall des Sowjetblocks und dem Ende der UdSSR.

Im Kreml herrschten damals noch die alte Garde und die alte Kontinuität. Der Generalsekretär der KPdSU Jurij Andropow starb zwar zu Beginn des Jahres 1984, aber von seinem gesundheitlich angeschlagenen Nachfolger Konstantin Tschernenko wurde mit Recht die nahtlose Fortsetzung der alten Politik erwartet, er werde, wie der Botschafter Hans Jörg Kastl aus Moskau im Februar schrieb, „fortfahren, Schwächen und Dilemmata der westlichen Führungsmacht, etwa im Nahen Osten, nach besten Kräften auszunutzen“³. Andrej Gromyko, seit 1957 Außen-

² Vgl. Botschafter Rödning, Warschau, an Auswärtiges Amt (AA) v. 31. 10. 1984, in: AAPD 1984, Bde. I und II, hier Bd. II, bearb. von Daniela Taschler und Tim Szatkowski, München 2015, Dok. 292, S. 1341–1344.

³ Botschafter Kastl, Moskau, an AA v. 12. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 42, S. 212–216, Zitat S. 216,

minister der Sowjetunion, war nach wie vor im Amt. Einiges aus dieser vorsintflutlichen Zeit haben wir sogar fast vergessen: Im Südafrika des Präsidenten Pieter Willem Botha, der am 5. Juni zu Regierungsgesprächen nach Bonn kam, herrschte 1984 noch die Apartheid. Erst 1991 wurde sie abgeschafft.

In dieser abgeschlossenen Zeit vor 1990 lassen sich Motive und Themen erkennen, die die Kontinuität innerhalb der „Welt von gestern“ belegen, von uns aber auch schon als Vorzeichen einer nahen Zeitenwende interpretiert werden können. Der Kalte Krieg und die Situation in der damals noch existierenden DDR prägen den Band 1984. Diese zwei Themen, Kalter Krieg und DDR, gibt es nicht mehr. Wenigstens bei letzterer kann man sich sicher sein, dass sie historisch geworden ist.

Bei der Lektüre der Vermerke und Aufzeichnungen aus der Mitte der 1980er Jahre wird ersichtlich, welche Wegstrecke seitdem zurückgelegt wurde, mit welchen Denkhorizonten man damals welche Maßnahmen erwogen hat und erwägen musste, so dachte man damals wahrscheinlich mit Recht.

Der Ost-West-Konflikt dominierte die Tagesordnung bei fast allen Gesprächen, die im neuen Band dokumentiert sind. Die sicherheitspolitischen Aspekte waren zentral, die Politik war geprägt von Versuchen zur Rüstungskontrolle mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf der gleichnamigen Konferenz aber auch von der Nachrüstung mit der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und der zeitgleich verlaufenden Stationierung der Intermediate-Range Nuclear Forces in der Bundesrepublik. Bonn versuchte, mit den europäischen Partnern eine gemeinsame Position zum amerikanischen Abschirmsystem SDI (Strategic Defense Initiative) zu finden. Damals befürchtete man die Eskalation zu einem „Krieg der Sterne“. Es war noch nicht klar, dass die amerikanische Strategie der Erschöpfung der Sowjetunion über das äußerst kostspielige Wettrüsten erfolgreich sein würde.

Es gab zwei Staaten in Deutschland – und nicht „zwei deutsche Staaten“, wie es in einer Aufzeichnung steht und handschriftlich gestrichen wurde⁴. Das ganze Jahr 1984 hindurch wurde der geplante Besuch von Erich Honecker in die Bundesrepublik erörtert, in den deutsch-deutschen Gesprächen zwischen Kohl, Genscher und dem Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär in Moskau⁵, sowie in Treffen westdeutscher Diplomaten mit anderen Partnern in West und Ost. Der Besuch wurde minutiös vorbereitet und dann doch von der DDR verschoben.

Honecker hatte eine Einladung nach Bonn in der Tasche. Aber das änderte nichts an der westdeutschen Auffassung, dass es nur eine einzige deutsche Nation und eine einzige deutsche Staatsangehörigkeit gebe. Vielfach dokumentiert sind in dem Band die Bemühungen der Bundesrepublik um die Durchsetzung des eigenen Standpunkts in der Behandlung von hilfeschreitenden Ostdeutschen. Die DDR-Bürger, die schon damals in der deutschen Botschaft in Prag Zuflucht

⁴ Vgl. Aufzeichnung Schauer v. 28.9.1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 255, S.1174–1177, Zitat S.1177, Anm. 15.

⁵ Vgl. Gespräch Kohls mit Honecker in Moskau am 13.2.1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 43, S.217–226.

suchten⁶, galten als Bundesbürger und sollten dementsprechend empfangen werden. So wurde sehr pragmatisch beschlossen, dass DDR-Sportlern, die bei den Olympischen Winterspielen in Sarajewo bei der westdeutschen Delegation um Unterstützung bei der Flucht nachsuchten, vor Ort Pässe und Passersatzpapiere ausgestellt werden sollten⁷. Man war in Bonn bemüht, auch die westlichen Partner auf eine ähnliche Linie einzuschwören. Auch sie sollten fluchtwilligen Ostdeutschen ihre Hilfe nicht versagen, wenn sie in den westlichen Botschaften im Ostblock um Schutz baten.

Die Historiker sind bekanntlich zeitversetzte Besserwisser, die im Nachhinein sehr genau erklären können, weshalb man dies und jenes und überhaupt alles hätte voraussehen können und wieso es so werden musste, wie es geworden ist. Bei der Lektüre der abgedruckten Dokumente wird man fast demütig, wenn man sich in die Rolle der handelnden Personen versetzt und sich fragt, wie und ob überhaupt in der damaligen Gegenwart die Vorzeichen von künftigen Entwicklungen zu erkennen waren. Dass das Politbüromitglied Michail Gorbatschow bei seinem Besuch in London kurz vor Weihnachten 1984 einen sachlichen, ruhigen und beinahe konstruktiven Eindruck machte⁸, ist eines. Es war ein interessantes Indiz, aber nichts kündigte an, dass gerade er knapp 3 Monate später, am 11. März 1985, neuer Generalsekretär der KPdSU werden und im darauffolgenden Jahr, im Februar 1986, die Konzepte Glasnost und Perestroika lancieren würde.

Im Rückblick vermitteln die damaligen Nachrichten und Informationen über die DDR natürlich eine Idee davon, wie sich die Situation vier Jahre später entwickelte: Immer wieder wurden die Fluchtbewegung und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes thematisiert. Dennoch: 1984 war die Lösung der deutschen Frage keineswegs aktuell. In einem Gespräch mit Gromyko sagte US-Außenminister George Shultz Ende September zur Frage der Wiedervereinigung, dass es „kein ‚contemporary issue‘“ sei⁹. Und das stimmte. In den damaligen Rahmenbedingungen war das Ende der DDR schwer vorherzusehen. Sehr wohl vorstellbar war hingegen eine andere tragische polizeistaatliche bzw. militärische Eskalation und – nicht zu vergessen – die Verschlimmerung der Situation für die DDR-Bürger.

In dieser Hinsicht scheint der westdeutsche Standpunkt, über die Jahrzehnte an der Offenheit der deutschen Frage festzuhalten, die im Nachhinein richtige Option gewesen zu sein. Hier Kurs zu halten und sich nicht beirren zu lassen, zeugte nicht von besonderem Scharfblick der damaligen Diplomaten. Es war aber eine Grundvoraussetzung, eine unverzichtbare Karte im Ärmel für den Fall der Fälle. In einer Zeit, in der sich viele Deutsche mit der Teilung abgefunden hatten, mochte die Weigerung, die Wiedervereinigung aus dem Auge zu verlieren, unzeit-

⁶ Vgl. Drahterlaß v. 25. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. I, Dok. 62, S. 316 f.

⁷ Vgl. Botschafter Grabert, Belgrad, an AA v. 21. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 54, S. 270 f.

⁸ Vgl. Aufzeichnung Vortragender Legationsrat 1. Klasse v. 20. 12. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 353, S. 1609–1612.

⁹ Botschafter Ruth, Washington, an AA v. 29. 9. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 259, S. 1190 f., Zitat S. 1191.

gemäß erscheinen. Aber diese Position war mit den westlichen Verbündeten im Pariser Deutschlandvertrag vom 23. Oktober 1954 vertraglich verankert worden. Sie wurde von Bonn stets penibel eingehalten, nach dem Prinzip „über die deutsche Frage hat die Geschichte nicht das letzte Wort gesprochen“. Typisch dafür war die westdeutsche Reaktion auf Äußerungen des damaligen italienischen Außenministers Giulio Andreotti, der im September 1984 öffentlich sagte: „Eine Wiedervereinigung ist nicht in Sicht. [...] Pangermanismus ist überwunden. Zwei deutsche Staaten bestehen, zwei deutsche Staaten sollen es bleiben.“¹⁰ Der italienische Botschafter wurde in das Auswärtige Amt einbestellt und der Ton ernst zwischen Bonn und Rom. Interne Aufzeichnungen des Amtes lassen erkennen, dass man dort durchaus wusste, was die europäischen Partner bewegte und welche Vorbehalte es noch immer gab:

„Mißtrauen besteht nicht nur deshalb, weil man eine zunehmende Tendenz zum Neutralismus und die Möglichkeit eines Herausbrechens der Bundesrepublik Deutschland aus der westlichen Allianz um den Preis der Wiedervereinigung befürchtet. Größeres Unbehagen scheint vielmehr der Gedanke auszulösen, im Zentrum Europas könne ein wiedervereinigter deutscher Nationalstaat entstehen. Die Pressereaktion vermittelt den Eindruck, daß dieses Gefühl besonders bei einigen kleineren Nachbarn, die im letzten Krieg unter der deutschen Besatzung gelitten haben, ausgeprägt ist.“¹¹

Das führt zur Frage der Einflussmöglichkeiten der Diplomatie und insbesondere der deutschen. Der Status Deutschlands war 1984 unter den damaligen juristischen und politischen Rahmenbedingungen ein anderer als heute. Man könnte meinen, die deutschen Einflussmöglichkeiten seien damals sehr gering gewesen, heute dagegen viel größer. Nichtsdestotrotz war man in Bonn bemüht, diskret, aber stetig und – wie man hinzufügen muss – erfolgreich auf die Partner Einfluss zu nehmen. Die Bundesregierung brachte deutsche Interessen in der Rüstungskontrollpolitik, aber auch in der Deutschland- und Berlinpolitik der USA zur Geltung¹², und in der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Paris freute man sich Ende Juli über die Qualität der gemeinsamen Arbeit der Experten, denn sie „hat den Vorteil, daß wir besonders ausführlich über die französische Position unterrichtet werden und auch versuchen können, diese zu beeinflussen“¹³. In anderen Fragen war der Spielraum dagegen gering. So war die Bundesrepublik auf Proteste der USA, Großbritanniens und Frankreichs angewiesen, als die besondere Situation Berlins und der Viermächte-Status für regelmäßigen Ärger

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse an die Botschaft in Rom v. 14. 9. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 236, S. 1092f., Zitat S. 1092, Anm. 2.

¹¹ Aufzeichnung v. 28. 9. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 255, S. 1174–1177, Zitat S. 1177.

¹² Vgl. Aufzeichnung v. 1. 10. 1984, Dok. 261, S. 1195–1198, und Aufzeichnung v. 28. 11. 1984, beides in: Ebenda, Dok. 316, S. 1465–1470.

¹³ Aufzeichnung v. 31. 7. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 211, S. 964–967, Zitat S. 967.

sorgten, etwa wie im Falle der „Luftraumreservierungen“ der UdSSR in den Flugkorridoren von und nach Berlin, was die zivile Luftfahrt erheblich störte¹⁴.

Wenngleich die Bundesrepublik erst mit dem 2+4-Vertrag und der deutschen Einheit 1990 die volle Souveränität erlangte, zeigen diese und andere Beispiele, dass die Entwicklung hin zur Anerkennung der Bundesrepublik als gleichwertigen Partner fließend war. 1984 wurde Bonn noch nicht zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des D-Day (übrigens eher eine Landung als „Invasion“) in der Normandie eingeladen. Deutsche Diplomaten bemerkten aber bereits damals „eine Tendenz des Unbehagens über einen deutschen Ausschluß“¹⁵. Der französische Präsident François Mitterrand sagte, „ihm gefalle das nicht“, es sei eine paradoxe Situation: „man feiere mit Präsident Reagan, PM Trudeau und der englischen Königin den Sieg, dann fliege man nach London und treffe sich mit Bundeskanzler Kohl, MP Craxi und MP Nakasone“¹⁶.

Der Wandel der Außenwahrnehmung der Deutschen lässt sich auch an der heiklen Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme der Bundeswehr an gemeinsamen Verteidigungsoperationen ablesen. Der Einsatz der deutschen Streitkräfte außerhalb des NATO-Vertragsgebiets wurde zwar erst in den 1990er Jahren und insbesondere seit dem Krieg im Kosovo ein offizielles Thema, die *out-of-area*-Problematik war damals aber mitnichten tabu. Bereits vor 30 Jahren wurden von den Partnern Fragen an die deutsche Seite gestellt, die bis heute aktuell sind, nämlich die Frage nach einem deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens. Viele, kann man in einem internen deutschen Papier lesen, „haben mit Sicherheit wenig Verständnis für unsere Haltung. Der Vorwurf mangelnder Bereitschaft, uns aktiv an Maßnahmen zu beteiligen, die letztendlich auch in unserem eigenen (wirtschaftlichen) Interesse liegen, bekommt neuen Auftrieb.“¹⁷ Nicht im 21. Jahrhundert wurde dieser Satz geschrieben, sondern Ende August 1984.

Vor 30 Jahren zeichneten sich Entwicklungen ab, die später eskalierten, damals aber nicht als besonders gravierend erschienen. Im Februar beobachtete man die Destabilisierung der politischen Lage im Sudan nach den Aufständen im Süden¹⁸. 1984 tobte der irakisch-iranische Krieg, der nicht nur ein grausamer Konflikt zwischen Nachbarn war, sondern auch ein Krieg zwischen Schiiten und Sunniten, ein erster Akt in der giftigen Konfrontation, die im Laufe der Jahrzehnte die Region, die ganze arabische Welt und sogar Afrika erfasst hat. Dieses Eskalationspotenzial wurde damals unterschätzt. Der Bundesrepublik ging es vor allem darum, eine neutrale Position aufrechtzuerhalten. So musste Außenminister Genscher im Juli heftige Vorwürfe des iranischen Parlamentspräsidenten Ali A. H. Rafsandjani gegen den Westen erdulden, die Genscher mit der Beteuerung,

¹⁴ Vgl. Aufzeichnung v. 5. 4. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 101, S. 493–496.

¹⁵ Botschafter Schoeller, Paris, an AA v. 7. 6. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 164, S. 795–797, Zitat S. 796.

¹⁶ Gespräch Kohls mit Mitterrand am 20. 5. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 146, S. 703–710, Zitate S. 710.

¹⁷ Aufzeichnung v. 23. 8. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 219, S. 1008f., Zitat S. 1009.

¹⁸ Vgl. Botschafter von Mentzingen, Khartum, an AA v. 7. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 36, S. 193–195.

er wolle „gleichberechtigte Beziehungen“ mit dem Iran aufbauen, abzuwehren versuchte¹⁹.

Das heißt: Viele Grundzüge unserer Gegenwart zeichneten sich bereits ab. Damals begann aufzukeimen, was uns später beschäftigte, mit Sorge erfüllte oder auch zu Hoffnungen Anlass gab.

China war bereits vor 30 Jahren ein wichtiger Partner der Bundesrepublik, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen spielten eine herausragende Rolle, westdeutsche Firmen sahen im Fernen Osten einen vielversprechenden Markt²⁰. Allerdings hatte sich die Volksrepublik China noch nicht zu dem großen Markt gewandelt, der er später wurde und heute noch ist. In den Diskussionen innerhalb des westlichen Blocks, insbesondere im Rahmen des Koordinationsausschuss für Ost-West-Handel (COCOM), war man aber auch besorgt, vor allem wegen der Transfers bei den Hochtechnologieexporten in ein Land wie China²¹. Grundsätzlich war die Wirtschaft in der bundesdeutschen Außenpolitik zentral. Und die Behandlung von Verdacht und Protesten seitens anderer beschäftigte das Auswärtige Amt. Diese Situation gab es mitunter mit den Auslandsaktivitäten deutscher Firmen²².

Entgegen der Ankündigung von Francis Fukuyama, ist das „Ende der Geschichte“ nicht erreicht. Sie geht weiter und ist genauso durch Unsicherheit geprägt, wie es die Vergangenheit war, die in vielerlei Hinsicht unsere Gegenwart bestimmt, weil viele Konflikte damals nicht gelöst wurden, beispielsweise im Nahen Osten. Anfang April 1984 nahm der Ministerialdirektor und Leiter der „Politischen Abteilung“ des Auswärtigen Amtes, Jürgen Ruhfus, Stellung zur Aufforderung von König Hussein von Jordanien an die EG-Staaten, eine aktivere Rolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts zu übernehmen. Auch in einem veränderten Kontext bleibt vieles, wie es war und leider auch ungelöst²³.

Vielleicht suchen wir uns aus dieser nahen Vergangenheit aber auch genau das aus, was uns heute passt? Vielleicht sehen wir eine Kontinuität oder ein Wiederauftauchen von alten Geschichten, weil wir Erklärungsmuster brauchen und keine anderen haben – obwohl die Rahmenbedingungen ganz andere sind? Letztlich stutzt man aber doch, wenn man einen geradezu beklemmend aktuellen Vermerk über das Gespräch von Helmut Kohl mit dem italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi im Februar 1984 liest: Die USA, so Kohl,

„müßten erkennen, daß die Sowjetunion ein irrationales Streben nach Sicherheit habe. Dies sei ein typisch russisches Problem. Rußland habe nie eine natürliche

¹⁹ Gesp Aufzeichnung v. 1. 10. 1984, räch Genschers mit Rafsandjani am 21. 7. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 201, S. 934–937.

²⁰ Vgl. Aufzeichnung v. 9. 10. 1984 über den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in China, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 269, S. 1231–1237.

²¹ Vgl. Aufzeichnung v. 26. 1. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 22, S. 127–129.

²² Vgl. u. a. Aufzeichnung v. 30. 3. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 99, S. 497–499; Aufzeichnung v. 18. 4. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 111, S. 527–529; Gespräch mit dem israelischen Botschafter Ben-Ari am 2. 5. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 123, S. 598–600.

²³ Vgl. Aufzeichnung v. 6. 4. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 104, S. 504–506.

Westgrenze gehabt. Seit Peter dem Großen strebe Rußland nach einem Glacis im Westen.“²⁴

Damals zielten die Bemühungen des Auswärtigen Amtes darauf, ein Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Tschernenko zu arrangieren – heute sucht die Bundesrepublik nach einer europäischen Lösung und einen gemeinsamen Kurs mit Frankreich, der immerhin zu den Regelungen von Minsk geführt hat.

Kann man etwas lernen aus dieser nahen Vergangenheit? Sie kann eine Ermunterung sein. In Europa (damals Europäische Gemeinschaft mit 10 Mitgliedern) wurden 1984 viele „technische“ Probleme bewältigt. Im Einzelnen ging es um die Milchproduktion, die EG-Eigeneinnahmen, den Währungsausgleich, allgemeiner um den EG-Haushalt mit dem Dauerbrenner eines britischen Beitrags. In ein und demselben Bericht beschrieb der deutsche Botschafter Rüdiger von Wechmar in London die in Großbritannien beobachtete „Mischung aus Eifersucht, Mißtrauen und Sorge“ gegenüber der engen sicherheitspolitischen deutsch-französischen Zusammenarbeit und das „entschiedene Festhalten Londons an der britischen Haltung hinsichtlich des EG-Haushalts – eine Position, deren Isolationscharakter [...] auch den Briten klar ist“²⁵. Premierministerin Margaret Thatcher ärgerte das Auswärtige Amt und Bundeskanzleramt gleichermaßen²⁶. Viele Schwierigkeiten wurden auf dem Europäischen Rat in Fontainebleau am 3. Juli aber dann doch ausgeräumt. Die sehr gut vorbereiteten Staats- und Regierungschefs einigten sich über den britischen Haushaltsausgleich, über die Einleitung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie über die Einsetzung von Arbeitsgruppen für institutionelle Fragen, zur Stärkung der Institutionen und der gemeinsamen Identität.

Beeindruckend ist die Liste der Grundsatzentscheidungen in Bereichen, die das Leben der Bürger Europas unmittelbar betrafen²⁷. Nach den Worten Helmut Kohls vom Mai 1984 war man bereit, „einen Schritt in Richtung auf das politische Europa zu tun“²⁸. Von Januar bis Dezember sprach sich Bonn mehrmals für eine stärkere politische Integration Europas aus. So beispielsweise in den zahlreichen deutsch-französischen Treffen der Außenminister Genscher und Dumas, aber auch bei den Gesprächen von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Mitterrand ging es immer wieder um Mittel und Wege zur Vertiefung der Integration²⁹.

Gemäß der Übereinkunft des Jahres 1969 in Den Haag war die Vertiefung die eine Seite der Medaille, die andere war die Erweiterung der Gemeinschaft. Auf der Tagesordnung stand im Jahre 1984 die Süderweiterung der EG mit dem ge-

²⁴ Gespräch Kohls mit Craxi am 23. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 56, S. 276–283, Zitat S. 280.

²⁵ Aufzeichnung v. 27. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 63, S. 318–321, Zitate S. 320.

²⁶ Vgl. Gespräch Kohls mit Thatcher am 28. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 64, S. 321–332.

²⁷ Vgl. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats 1. Klasse Schnepfen v. 3. 7. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 181, S. 861–864.

²⁸ Gespräch Kohls mit Mitterrand am 20. 5. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 146, S. 703–710, Zitat S. 707.

²⁹ Vgl. Gespräch Genschers mit Dumas am 15. 5. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 137, S. 662–665.

planten Beitritt Spaniens und Portugals. Griechenland war bereits zum 1. Januar 1981 das zehnte Mitglied geworden; nun sollten die beiden anderen Länder des europäischen Südens aufgenommen werden, die bis in die 1970er Jahre unter einer Diktatur gelitten hatten. Zweck dieser EG-Erweiterung war es, zur Stabilisierung der dortigen Demokratien beizutragen, wenngleich wirtschaftliche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren. Das mehr als die Bundesrepublik Deutschland auf die Landwirtschaft ausgerichtete Frankreich hielt die Erweiterung für ökonomisch falsch, das sagte Mitterrand dem deutschen Freund klipp und klar, jedoch sei die Aufnahme der beiden Staaten auch Paris politisch wichtig. Nachdem mehrere Übergangsregelungen getroffen wurden, konnte die Süderweiterung schließlich zum 1. Januar 1986 wirksam werden.

Damit wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg der Erweiterung gemacht, die unsere Gegenwart in starkem Maße bestimmt. All das fand vor dem großen Sprung in die EU statt, der mit dem Maastrichter Vertrag im November 1993 gewagt wurde, und vor der großen Osterweiterung vom Frühjahr 2004; auch diese sollte den jungen Demokratien helfen, die jahrzehntelang daran gehindert worden waren, sich am großen Projekt Europa zu beteiligen.

Alles Geschichte, eine abgeschlossene Zeit? Im Jahre 1984 stellte man einige zentrale Fragen, die noch heute aktuell sind und auf die man immer noch keine Antwort gefunden hat. Dazu zählt die bereits damals erkannte Notwendigkeit, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu intensivieren³⁰. Mehrmals wurde auch angemerkt, dass sich Europa in diesem Bereich wie auch mit Blick auf technologische Probleme nicht „in einseitige Abhängigkeit“ begeben dürfe. Es ging insbesondere um das Engagement der Bundesrepublik bei europäischen Raumfahrtprojekten, einer Schlüsselindustrie³¹.

Schließlich möchte ich dafür plädieren, in der Vorgeschichte unserer Zeit nicht nur eine Ermunterung zu erblicken, sondern sogar eine Inspirationsquelle. Mit Blick auf die vielfältigen neuen Herausforderungen können Überlegungen aus früheren Jahren sehr wohl mit Gewinn wieder gelesen werden. Vielleicht ist nicht alles brauchbar, aber der Geist, in dem damals Vorschläge gemacht wurden, kann durchaus ansteckend wirken. Das gilt beispielsweise für das Diskussionspapier von Ministerialdirigent Werner Ungerer zur Zukunft Europas aus dem August 1984³². Denn von wann stammen folgende Sätze? „Die EG ist weder Selbstzweck noch Endstadium, sondern eine Etappe auf dem Weg zu einer bundesstaatlich ausgerichteten Europäischen Union. Wenn sie nicht diesem Endziel nähergebracht wird, verkümmert sie zu einer vorwiegend intergouvernementalen Organisation.“ „Europa wird die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Herausforderungen nur bestehen können, wenn sich die Europäische Gemeinschaft auf die politischen Kernbereiche erstreckt; das sind die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik, die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik“; „Europäische

³⁰ Vgl. Botschafter Wieck (NATO) an AA v. 22. 2. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 55, S. 272–275.

³¹ Aufzeichnung v. 9.7.1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 189, S. 895–897, Zitat S. 896.

³² Aufzeichnung Ungerer, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 227, S. 1047–1055. Hier auch die folgenden Zitate: S. 1049, S. 1050 u. S. 1051.

Außenpolitik ist daher auf die Dauer nicht machbar ohne eine europäische Verteidigungspolitik.“ Der Vorschlag des Diplomaten lief auf ein Modell konzentrischer Ringe hinaus, das noch heute bedenkenswert ist.

Die zweite Besonderheit aus der Mitte der 1980er Jahre, die nicht nur Geschichte und reine Vergangenheit ist, sondern ein großes Beispiel bleiben sollte, ist der deutsch-französische Schulterchluss. Nach den gewaltigen Veränderungen im deutsch-französischen Gleichgewicht seit dem Ende des Kalten Kriegs drohen sowohl Geist als auch Praxis dieses systematischen Zusammenspiels verloren zu gehen; zu vieles scheint im bloß Symbolischen stecken zu bleiben. Aus dem September 1984 stammt die deutsch-französische Ikone vom Friedhof bei Verdun, wo sich Kohl und Mitterrand an der Hand halten. Der Vorschlag für dieses symbolträchtige Treffen stammte von Kohl³³, er fand dafür sofort die Zustimmung bei Mitterrand. Selbst im Auswärtigen Amt wurde vergebens darüber gerätselt, wer die Initiative für diese Geste ergriffen hat. Beide Staatsmänner waren historisch sehr versiert, auch war ihnen die Bedeutung von Symbolen bewusst. Aber politisch wichtiger war ihnen das, was „deutsch-französische Methode“ genannt werden kann und die darin besteht: Vorabgespräche treffen, Kompromisse finden, Impulse geben.

Vor allen wichtigen europäischen Treffen erfolgte auf Minister- und höchster Ebene eine deutsch-französische Vorabgespräche, insbesondere in der Frage der weiteren Gestaltung Europas. Am 20. Mai 1984 fand in Saarbrücken ein bilaterales Treffen statt, bei dem die Ablösung des ausscheidenden Kommissionspräsidenten Gaston Thorn vorbereitet wurde. Um einen wahrscheinlich bremsenden Dänen oder Briten als Nachfolger zu verhindern, einigten sich Kohl und Mitterrand darauf, dass zuerst ein Franzose und dann ein Deutscher den Posten besetzen sollten, um „für die nächsten Jahre Präsidenten“ zu haben, „die absolut europäisch engagiert seien“. Auf diese Weise wurde der große Europäer Jacques Delors Präsident der europäischen Kommission. Man stimmte sich ab. Aber es „sollte nichts aus diesem Raum getragen werden“ und „wir sollten dieses Gespräch an der Tür vergessen“³⁴.

Von der konzertierten deutsch-französischen Absicht, in Europa wichtige Impulse zu geben, gibt es zahlreiche Spuren: So beschlossen etwa die beiden Partner am 29. Mai in Rambouillet, die Grenzkontrollen für PKW zunächst an ihrer gemeinsamen Grenze abzuschaffen, um damit ein Zeichen für die Schaffung eines großen europäischen Raums der Freizügigkeit zu setzen. Schließlich hatte die vertiefte bilaterale Zusammenarbeit ein gemeinsames Ziel: die Gestaltung des politischen Europas. Mitterrand wurde hier auf Französisch zitiert: dass „l'Europe prenne consistance“³⁵. „Wir wollten voranschreiten“, sagte Kohl, „Deutschland und Frankreich [würden] vorangehen“. Ja, antwortete Mitterrand, man „müsse einen

³³ Vgl. Aufzeichnung v. 25.9.1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 242, S. 1115f., und Gespräch Kohls mit Mitterrand am 29.5.1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 155, S. 749.

³⁴ Gespräch Kohls mit Mitterrand am 20.5.1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 147, S. 711–714, Zitate S. 712 u. S. 713.

³⁵ Ebenda, S. 713.

politischen Akt setzen“³⁶. Auch der Dooge-Ausschuss zum besseren Funktionieren der Gemeinschaften geht auf Vorschläge von Präsident Mitterrand zurück, der sie aber in enger „Abstimmung mit der Bundesregierung“ machte³⁷.

Akteneditionen, so viel dürfte klar geworden sein, haben einen besonderen Wert. Sie ermöglichen es nicht nur, dass wir die Vergangenheit besser kennen. Sie liefern auch viele Denkanstöße und Stoff, um aus der Vergangenheit für gegenwärtige Probleme zu lernen. Ein früherer Appell erscheint mir besonders wichtig. Er stammt von Helmut Kohl in einem Gespräch mit François Mitterrand am 20. Mai 1984: Es „müsse auch in der Öffentlichkeit ein Gegengewicht zu dem jetzt miserablen Bild Europas geschaffen werden“³⁸.

³⁶ Gespräch Kohls mit Mitterrand am 28. 5. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 150, S. 729–734, Zitate S. 731.

³⁷ Runderlaß des Vortragenden Legationsrats 1. Klasse Schneppen v. 3. 7. 1984, in: Ebenda, Bd. 2, Dok. 181, S. 861–864, Zitat S. 863.

³⁸ Gespräch Kohls mit Mitterrand am 20. 5. 1984, in: Ebenda, Bd. 1, Dok. 147, S. 711–714, Zitat S. 713.